

Wo die Wüste wächst...

Es ist schwer einen Kommentar zwei Wochen vor einer richtungsweisenden Wahl zu schreiben und gleichzeitig zu wissen, dass dieser erst einen Monat nach der Wahl erscheinen wird. Klar, bei einer Programmzeitung, die nur vier mal im Jahr aufgelegt wird, sollten die Autor_innen sich eigentlich hüten, aktuell sein zu wollen. Doch die Ereignisse der letzten zwei Wochen - seit Anfang November 2016 - machen es schwer, sich daran zu halten. Darum trotz des heutigen Redaktionsschlusses und der Tatsache, dass in zwei Wochen, wenn klar ist, wer für die nächsten sechs Jahre Österreichs Präsident sein wird, diese Programmzeitung schon in Druck ist, ein Versuch.

In den USA wurde im November ein xenophober, rassistischer, sexistischer Mann zum Präsidenten gewählt. Anfangs war die Bestürzung groß, doch schnell bemühte sich ein Großteil der Kommentator_innen und auch der Politiker_innen dazu aufzurufen, erst mal abzuwarten, was dieser Mann, wenn er ab 20. Jänner im Amt sein wird, wirklich umsetzen wird von dem, was er im Wahlkampf angekündigt hatte. Es brauchte einen österreichischen Schauspieler und Oscar-Preisträger, der eine Nachrichtensprecherin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Frage, ob man den zukünftigen Präsidenten nicht an seinen Taten messen solle, darauf aufmerksam machen musste, ob sie vergessen hätte, was bereits gesagt worden sei. Ob man nun so tun solle, als ob dieser als Kandidat im Wahlkampf (und auch schon viele Jahre davor) sich nicht rassistisch, sexistisch und xenophob geäußert habe.

Es mutete auch eigenartig an, dass manche, wie der nun bald ehemalige US-Präsident oder die deutsche Kanzlerin, dem neu Gewählten ihre Zusammenarbeit anboten, im gleichen Atemzug aber betonte Obama, dass eine Demokratie den neu gewählten Präsidenten aushalten müsse und Merkel forderte für eine Zusammenarbeit die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte für Lesben, Schwule, Bi- und Transgenderpersonen. Beide wohl im Wissen, dass da einiges auf uns zukommen wird.

In der Zwischenzeit stellt der Mann sein Team zusammen, mit dem er die nächsten Jahre die Vereinigten Staaten von Amerika regieren will und jede Personalentscheidung bestätigte nur die Vorhaben, die er schon seit Jahren umzusetzen plante. Gesagt, getan also.

Hier gibt es einige Parallelen zur Bundespräsidentenwahl in Österreich. Auch hier bewarb sich ein Kandidat, von dem man seit Jahren weiß, dass seine Ansichten rechtsextrem sind. Das hat er in genügend Publikationen und Reden kundgetan. Dasselbe gilt für etliche Proponenten seiner Partei. Man kann es im Parteiprogramm nachlesen, man kann es in Reden nachhören.

Es scheint absurd, dass es im gesellschafts-, realpolitischen und medialen Alltag oft so wirkt, als wäre vergessen, wer diese Herren eigentlich sind. Da wird mit der Begründung sie seien ja demokratisch gewählt, munter mit ihnen verhandelt, gesprochen, paktiert und sie werden für parlamentarische Mehrheiten, für TV Diskussionen und Artikelserien genutzt.

Wir Österreicher_innen wären ja eigentlich Expert_innen bei diesem Thema. Erinnern wir uns an die erste schwarz-blaue Regierung in Österreich. Damals war es für den Bundespräsidenten notwendig, die Koalitionspartner vor der Regierungsbildung unterschreiben zu lassen, dass sie sich an demokratische Grundsätze und europäische Werte halten müssen, denn die jahrelangen Aussagen der an der Regierung Beteiligten ließen genügend Zweifel daran.

Wie oben gesagt habe ich zum Zeitpunkt da ich dies schreibe, nicht die geringste Ahnung, wie die Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten entschieden wurde, aber auf jeden Fall sollten wir daraus Lehren ziehen. Am Beispiel der ersten zwei Wochen des neu gewählten amerikanischen Präsidenten kann man sehen, dass Obama mit seiner Meinung, eine Demokratie könne einen solchen Präsidenten aushalten, nicht unbedingt

recht hat, denn in vielen Ämtern, die jetzt neu besetzt werden, werden auch noch nach Neuwahlen in vier Jahren radikale Rechte sitzen und die Politik über Jahrzehnte mitbestimmen. Auch hier sollte uns die Personalpolitik der schwarz-blauen Regierung, die heute in vielen Institutionen noch nachwirkt, in Erinnerung sein. Auch der rechte Kandidat in Österreich hatte angekündigt, sein Personal mit in die Hofburg zu nehmen. Das würde dort über Jahrzehnte sitzen. Weiters sollten wir nicht nur in Wahlkämpfen für unsere Meinung eintreten, sondern täglich. In allen Unterhaltungen, in allen Diskussionen, in allem was wir tun und lassen.

Tatsache ist, dass Demokratie nicht so viel aushält wie manche vielleicht vermuten. Wir sehen dies am Beispiel von Ungarn, von Polen und auch der Türkei. Auch dort festigen die Regimes ihre Kontrolle in allen staatlichen (und nicht nur diesen) Institutionen. Es braucht nicht viel, um demokratische Rechte für alle einzuschränken, oder außer Kraft zu setzen. Das sollte uns allen ein Ansporn sein, uns täglich für eine lebendige und solidarische Demokratie einzusetzen, denn noch kommen die nächsten Wahlen bestimmt.

Markus Schennach

Programmzeitung Jan-Mar 2017